



Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin

Tel. : 030 – 700 130 230
Fax : 030 – 700 130 340
E-Mail: office@berlin.msf.org
www.aerzte-ohne-grenzen.de

Spendenkonto 97097
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00

19/2013

- SPERRFRIST bis 11.30 Uhr am 9. April 2013

PRESSEMITTEILUNG

EU-Indien-Freihandelsabkommen gefährdet Leben von Millionen Menschen – Aktivisten aus Europa demonstrieren heute vor Europäischen Parlament

Berlin/Delhi, 9. April 2013. Während die Europäische Kommission weiterhin Druck auf Indien ausübt, das EU-Indien-Freihandelsabkommen zu unterzeichnen, versammelten sich heute Aktivisten aus ganz Europa in Brüssel. Sie forderten die Kommission auf, nicht weiter auf Bestimmungen im Abkommen zu drängen, die den Zugang zu Medikamenten in Indien und anderen ärmeren Ländern erschweren.

„Als medizinische Hilfsorganisation sind wir über die diskutierten Regelungen besorgt, die den Zugang zu erschwinglichen, hochwertigen Medikamenten erschweren würden. Es geht sogar soweit, dass Ärzte ohne Grenzen selber belangt werden könnte, alleine weil wir generische Medikamente verwenden. Die Europäische Kommission und auch Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler sollten alle Forderungen, die die öffentliche Gesundheit gefährden, in ihren Verhandlungen fallen lassen“, sagt Oliver Moldenhauer Koordinator der Medikamentenkampagne von Ärzte ohne Grenzen in Deutschland.

Die Aktivisten von Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen, Oxfam Belgien, der Stop Aids Campaign, Health Action International (HAI) Europa und Act-Up Paris kamen heute verkleidet als Zombies zusammen und versammelten sich gemeinsam mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu einem Flashmob vor dem Europäischem Parlament. Mit dieser Aktion wollen sie darauf aufmerksam machen, dass die schädlichen Bestimmungen nach wie vor nicht vom Tisch sind und Millionen Menschen in Gefahr bringen.

„Im Zuge verschiedener kürzlich getroffener Entscheidungen in Indien, die positiv für die Versorgung mit Medikamenten sind, versucht die EU jetzt umso eifriger, Indien als ‚Apotheke der Armen‘ zu verhindern und sicherzustellen, dass die Profite von Pharmaunternehmen erhalten bleiben“, sagte Leila Bodeux von Oxfam Belgien. „80 Prozent der Medikamente zur Behandlung von HIV/Aids in ärmeren Ländern kommen aus Indien. Wenn es der EU gelingt, die nachteiligen Bestimmungen im Abkommen durchzusetzen, wären Millionen Menschen von dieser Lebensader abgeschnitten.“

Der erwartete Abschluss der Verhandlungen des EU-Indien-Freihandelsabkommens im April hat weltweit Proteste ausgelöst in Asien, Europa und Afrika – dem Kontinent der durch das Abkommen vielleicht am meisten zu verlieren hat.

Interviews mit Oliver Moldenhauer sind möglich unter: 0163 8808 410.

Pressestelle: Christiane Winje, Tel. 030 700 130 240, 0163 8808 405